

VORBERICHT 2009

Zur Erstellung des Voranschlagsentwurfes:

Maßgebende gesetzliche Rahmenbedingungen für die Erstellung des Voranschlages 2009 (VA 09) stellen das paktierte Finanzausgleichsgesetz 2008 und der aktuelle österreichische Stabilitätspakt 2008 dar. Für die Stadt Linz sind diesbezüglich zum VA 09 vor allem die Halbierung des Gemeindegeldbeitrages, die erstmalige Anwendung der Zahlen der Bevölkerungsstatistik, die Abschaffung der Selbstträgerschaft und die Umwandlung von Finanzzuweisungen in Ertragsanteile zu berücksichtigen. In weiterer Folge sind auch die gesetzten diskretionären fiskalpolitischen Maßnahmen in die Erstellung des VA 09 eingeflossen.

Der VA 09 sieht ebenfalls vor, dass die Leistungen der Informations- und Kommunikationstechnologie zukünftig durch die IKT Linz GmbH und die IKT Linz Infrastruktur GmbH erbracht werden sollen.

Der städtische Haushalt wird durch die jährlich anfallenden Transferleistungen an das Land Oberösterreich überproportional gefordert. Zum VA 09 fließt nahezu jeder zweite aus Ertragsanteilen vereinnahmte Euro in Form von Sozialtransferleistungen, Landesumlage, Krankenanstaltenbeitrag sowie Gastschul- und Schulerhaltungsbeiträgen wieder retour an das Land Oberösterreich.

Unter Berücksichtigung der externen Zielvorgaben sind die angestrebten finanzpolitischen Zielsetzungen für den VA 09 ambitioniert gehalten und weisen mit 3,5 Mio. € ein deutlich positives Ergebnis der laufenden Gebarung, mit 67,6 Mio. € ein Investitionsvolumen über dem hohen Niveau der Vorjahre sowie einen deutlichen Maastricht-Überschuss in Höhe von 9,6 Mio. € aus. Die Stadt Linz übererfüllt somit die Vorgaben des österreichischen Stabilitätspaktes 2008, der für die oberösterreichischen Kommunen gesamthaft ein ausgeglichenes Ergebnis vorsieht.

Die Erstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2009 erfolgte nach dem im Statut für die Landeshauptstadt Linz und in der Haushaltsordnung vorgesehenen Verfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der VRV.

Die städtischen Dienststellen haben unter Zugrundelegung der von der FVV erarbeiteten Vorgabewerte ihre Vorschläge bis zum Ende der Mittelanmeldung per 5.9.2008 vorgelegt.

Die gemäß § 18 (2) und § 18 (3) der Haushaltsordnung durchgeführten Absprachen unter Einbeziehung der politischen ReferentInnen brachte folgendes Ergebnis:

	laufende Gebarung	Vermögensgebarung	Finanztransaktionen
Einnahmen	498.691.100,--	71.831.100,--	130.839.000,--
Ausgaben	495.160.300,--	67.625.900,--	138.575.000,--
Überschuss	3.530.800,--	4.205.200,--	0,--
Abgang	0,--	0,--	7.736.000,--

Zur Deckung des Zuschussbedarfes wurden 55,3 Mio. € Darlehensaufnahmen (Seite V - 18) veranschlagt. Diesen stehen Darlehenstilgungen in Höhe von 34,7 Mio. € gegenüber.

Das so erzielte Ergebnis wurde von der Stadtkämmerei im vorliegenden Voranschlag zusammengefasst und wird dem Gemeinderat im Wege des Stadtsenates unter Beiziehung des Finanz-, Bildungs- und Bauausschusses mit dem Antrag auf Genehmigung vorgelegt.

Zur Budgetlage:

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das WIFO geht in seiner Herbst-Prognose von einem österreichischen Wirtschaftswachstum von 2,0% für 2008 aus. Die Abschwächung der Konjunktur in den USA (hier wird die Krise auf den Immobilien- und Finanzmärkten weiterhin bestimmend bleiben), die Verteuerung von Rohstoffen und Agrarprodukten mit beschleunigenden Effekten auf die Inflation und die für die Warenausfuhr ungünstigen Wechselkursbedingungen (hier insb. Euro/Dollar) werden die Wirtschaft Europas im Jahr 2009 belasten. Erst ab dem zweiten Halbjahr 2009 ist mit einer Besserung zu rechnen.

Die internationale Abschwächung beeinträchtigt auch die österreichische Wirtschaft. Vor allem die Exporte leiden unter gedämpfter Auslandsnachfrage und einem ungünstigen Euro/Dollar Wechselkursverhältnis. Die Investitionsnachfrage wird durch die getrübt Konjunktur deutlich sinken. 2009 wird sich das Wachstum der Bau-, insb. aber jenes der Ausrüstungsinvestitionen weiter verringern.

Der private Konsum wird inflationsbedingt und durch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin auf einem verhaltenen Niveau erwartet. Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 2008 bei 3,4% prognostiziert. Der tendenziell leichte Rückgang in der zweiten Jahreshälfte 2008 wird sich auch 2009 fortsetzen. Hier sollten die Verringerung des Mehrwertsteuersatzes auf Medikamente und die Abschaffung der Studiengebühren inflationsmildernd wirken. Das WIFO geht für diesen Fall von einer Inflationsrate von 2,2% für 2009 aus.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich trotz gezeigter Rahmenbedingungen bislang äußerst günstig. Im Vorjahresvergleich stieg im August die Beschäftigung um +2,4% bzw. sanken die Arbeitslosenzahlen um 3,8%. 2009 wird die Beschäftigung konjunkturbedingt um nur mehr 0,5% steigen. Die Arbeitslosenquote wird sich nach österreichischer Berechnungsmethodik von 5,8% auf 6,3% erhöhen.

2008 nahmen die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen deutlich zu. Zugleich wurden diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt, die 2008 budgetbelastend wirken (z.B. Ausweitung des Kindergeldes und der Familienbeihilfe, Heizkostenzuschuss für Ältere). 2009 wird sich die abgeschwächte Konjunktur auch im Staatshaushalt widerspiegeln. Einschließlich der bisher beschlossenen Ausgabenerhöhungen wird sich das Defizit 2009 auf 1,0% erhöhen. Dies scheint dem Konjunkturzyklus angemessen, läuft aber dem vereinbarten Stabilitätsziel zuwider.